

# DIE MITBESTIMMUNG

**Für die Demokratie  
brauchen wir  
mehr wagemutige  
Demokraten.**

**Es passiert was  
in diesem Heft**

**Interview  
mit**

**Rhine - Main  
Öko - Minister  
Joschka Fischer**



**Themen und Trends**

„Die Ökonomie taugt nicht mehr als Schlachtfeld zwischen Rechts und Links“ behauptet Hessens Umweltminister Joschka Fischer im Interview

6

**Befindlichkeiten und Befunde**

Perspektive 2020? Eine Round-Table mit 1968 geborenen (Ex)-Gewerkschaftern und Student/innen über **Demokratie in Deutschland**.

Eine neue **Landkarte sozialer Milieus und Mentalitäten** zeichnet Michael Vester.

Die **Herausforderungen an den Sozialstaat** und seine demokratische Substanz beleuchtet NRW-Minister Franz Müntefering.

**Kein Grundbuchamt - keine Demokratie.** Ketzerische Anmerkungen von Landrat Udo Knapp.

200 000 beim Talk mit dem „Minister for Tomorrow“. Eine Recherche über die „**Politisierung**“ der Werbung von Helmut Höge.

Die **Grundrechte von Frauen** sieht Sabine Berghahn nach dem 218-Urteil in Frage gestellt.

**Interessen und ihre Vertreter/innen**

**Partizipation, Effizienz und Offenheit:** Ein Round-Table über den Stand der Umsetzung der gewerkschaftlichen Reformbeschlüsse.

„Egal was die **Zentrale** macht, es ist alles **Zentralismus!**“ Jörg Bundesmann-Jansen hat vier **Gewerkschaftstage** besucht.

Glaubwürdig zwischen allen Stühlen? Eine Reportage über die schwierige **Gratwanderung im Betriebsräte-Alltag** von Michaela Namuth.

**Bruchstellen im beruflichen Alltag** und in der sozialen Rolle von Gewerkschaftssekretären untersucht Jürgen Prott.

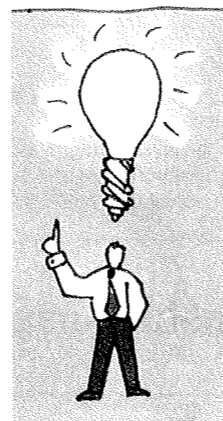
50

**Gewerkschaften in der Gesellschaft**

**Tarifautonomie** - ein Modell für Kompromißfindung und Konfliktregelung. Von Thomas Blanke.

Den **Streik** in der ostdeutschen Metall- und Stahlindustrie beschreibt Martin Kempe als **kollektiven Lernprozeß**.

**Gewerkschafter/innen auf der Bonner Bühne** - beobachtet von Herbert Hönigsberger.



30



Zwölf Männer hatten einen Traum: einmal eine Botschaft an fremde Intelligenzen zu senden: In die unendlichen Wellen des Alls.  
Am 30. Okt. 92 um 19.59 Uhr war es soweit: Vom russischen Weltraumbahnhof in Baikonur hob eine Rakete ab. An Bord: ein Nachrichtensatellit, eine Packung West und ein West-Plakat. Wird unsere Nachricht empfangen werden?



**Europa in der Krise**

Die **Schwierigkeiten** der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit untersucht Jürgen Gerhards.

Die **gewerkschaftliche Variante** der italienischen Parteienkrise beschreibt Martina Seitz.

**International**

Ein Monolith zeigt Risse. Frank Hoffer über die **Arbeitsbeziehungen in Rußland**.

**Aus der Arbeit der Hans-Böckler-Stiftung**

Über die **zentrale Fördererversammlung** berichtet Udo Böhlefeld.

**Europa musikalisch.** Michaela Namuth hat das Deutsch-Polnische Jugendorchester nach Norditalien begleitet.

Praxiskonzept **Selbstorganisiertes Lernen**, ein HBS-Projekt.

**Service Recht**

Rechtsprechung in Leitsätzen. Von Thomas Kreuder.

**Service Technik**

**Gesundheitsschutz für Bildschirmarbeiter/innen.** Oliver Köhler stellt eine EG-Richtlinie vor.

**Service Literatur**

Jahrbuch Arbeit und Technik 1992. Schwerpunktthema: Industriepolitik von Edgar Grande.

Frauen - Leben -Alltag - Beruf. Eine Sammelrezension

Personalpolitik aus der Sicht von Frauen. Frauen aus der Sicht der Personalpolitik.

Bio- und Gentechnologie. Arbeitsgestaltung im Forschungslabor.

Sozialkriminalität in Deutschland.

90



79



# Das Projekt Europa - wenig öffentlichkeitswirksam

Jürgen Gerhards

**Westeuropäische Integration bedeutet die Transformation der Nationalstaaten in ein supranationales Gebilde. Während der ökonomische und politische Integrationsprozeß weit fortgeschritten ist, hinkt die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit dieser Entwicklung weit hinterher. Was dieses - im weitesten Sinne - Demokratiedefizit für die Interessenvermittlung und die Ausbildung einer europäischen Identität bedeutet, beleuchtet der folgende Beitrag.<sup>1</sup>**

Politische Öffentlichkeit übernimmt in demokratischen Nationalstaaten eine intermediäre Funktion. Sie vermittelt zwischen der „civil society“, den Bürgern und ihren Interessengruppen und den politischen Entscheidungsträgern. Die auf Zeit bestellte Regierung, ausgestattet mit dem Recht, kollektiv verbindliche Entscheidungen herzustellen, mit dem Recht, sich vor allem durch Steuererhebung die materiellen Ressourcen zur Strukturierung der Gesellschaft zu sichern und die Befolgung von Entscheidungen oftmals mit Gewalt durchzusetzen, ist umgekehrt gebunden an den Willen der Bürger, der vor allem im Wahlakt von seiner Souveränität Gebrauch macht, eine Regierung auf Zeit wählt und dadurch legitimiert.

Notwendige Voraussetzung für die Bindung der ausdifferenzierten politischen Entscheidungsträger an den Willen der Bürger ist die Existenz einer politischen Öffentlichkeit. Die Ausbildung von Wahlpräferenzen stützen die Bürger auf die Informationen, die sie durch Beobachtung der Präsentation der Politik in der Öffentlichkeit erhalten, wie umgekehrt die politischen Entscheidungsträger die Öffentlichkeit beobachten, um die Wünsche und Forderungen der Bürger zu erfahren. Da-

bei bedeutet Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften in erster Linie massenmediale Öffentlichkeit, öffentliche Meinung vor allem veröffentlichte Meinung.

Die Bürger informieren sich über Politik und das Geschehen in der Gesellschaft in erster Linie über Presse, Rundfunk und Fernsehen, wobei dem Fernsehen die Funktion eines Leitmediums zukommt. Auch die politischen Entscheidungsträger erfahren von den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger und der Interessengruppen in einem nicht unwesentlichen Ausmaß über die Massenmedien. Über die Medien vermittelt, beobachten die Bürger und die politischen Entscheidungsträger sich wechselseitig und die Gesellschaft insgesamt und orientieren ihre Handlungen an diesen Beobachtungen. Diese intermediäre Funktion von Öffentlichkeit ist ihre zentrale Funktion in demokratischen Nationalstaaten. Sie dient zum einen der Vermittlung von Interessen, zum anderen der Konstitution einer Identität der Gesellschaft und sichert damit die Legitimation und Integration der Gesamtgesellschaft.

## Meinungsbildung - nationalstaatlich geprägt

Die Entwicklung der europäischen Öffentlichkeit hinkt dem Prozeß des Transfers von Kompetenzen, Kontrollen und Ressourcen von den nationalstaatlichen Entscheidungszentren auf das supranationale Gebilde EG weit hinterher, und dies in zweierlei Hinsicht: Erstens ist der Fokus der Aufmerksamkeit der massenmedialen Öffentlichkeit dominant nationalstaatlich konzentriert; die Medien berichten in erster Linie von den nationalen Arenen aus Bonn, London, Paris, Rom etc. und nicht von der supranationalen Arena aus Brüssel. Berichten sie aus Brüssel, dann geschieht dies zweitens aus der Perspektive des jeweiligen nationalstaatlichen Interesses ohne oder mit nur geringem Bezug auf ein gesamteuropäisches Interesse. Das vorherrschende Muster der Meinungsbildung ist weiterhin nationalstaatlich geprägt. Entsprechend gering ist die rezeptive Teilhabe an der europäischen Politik durch die Bür-

ger und der Informationsstand der Bürger über die EG, entsprechend dominant sind nationalstaatliche Nutzungserwägungen im Vergleich zu einer europäischen Perspektive.

Diese Diskrepanz zwischen einer Machtverlagerung auf die EG einerseits und einer nationalstaatlichen Verharrung der Öffentlichkeit andererseits ist von allen Korrespondenten, die in Brüssel befragt wurden, diagnostiziert worden. Dieses Öffentlichkeitsdefizit der EG ist dem viethematisierten Demokratiedefizit der EG vorgelagert, ja, eine seiner Ursachen. Erst wenn über Europa berichtet wird und wenn dies aus einer die nationalstaatliche Perspektive transzendierenden Sichtweise geschieht, könnte ein Europa der Bürger entstehen.

## Wenig Chancen für transnationale Fernsehprogramme

Unter einer massenmedialen europäischen Öffentlichkeit soll ein einheitliches Mediensystem verstanden werden, dessen Inhalte in verschiedenen europäischen Ländern Verbreitung finden und von den Bürgern in den verschiedenen Ländern rezipiert werden. Schaut man sich die gegenwärtige Medienlandschaft in Europa an, dann lassen sich zwar Ansätze der Entstehung einer in diesem Sinne definierten europäischen Öffentlichkeit feststellen; die Medien sind aber in erster Linie nationalstaatlich organisiert und finden auch innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen ihr Publikum.

Zwar sind vor allem für das Fernsehen die Chancen für eine Transnationalisierung und Europäisierung in technischer Hinsicht durch die Möglichkeit der Übertragung per Satellit und in politischer Hinsicht durch die Deregulierung des Fernsehmarkts innerhalb Europas gestiegen, faktisch haben sich aber in nur begrenzten

<sup>1</sup> Der Beitrag wurde in modifizierter Form im Dezember 1992 als Habilitationsvortrag an der FU Berlin gehalten. Eine erweiterte Fassung findet sich in: *Zeitschrift für Soziologie*, Heft 2/93, S. 96 - 110. Grundlage sind Experten-Interviews, die mit deutschen EG-Korrespondenten in Brüssel geführt wurden.

Bereichen transnationale Fernsehprogramme entwickeln können. Dies sind vor allem die Programmsparten, die fast ohne Sprache auskommen - MTV - oder mit wenig Sprache - Eurosport - oder Programme mit leichter Unterhaltung. Programme mit politischen Themen befinden sich nicht darunter.

Der geringe Erfolg der Etablierung eines transnationalen bzw. europäischen Fernsehens liegt vor allem auf der Nachfrageseite begründet. Fernsehen lebt von der Akzeptanz des Publikums und dies in besonderem Maße, wenn die Finanzierung des Fernsehens von den Einschaltquoten abhängig ist und es keine monopolistischen Anbieter gibt. Ein einheitliches europäisches Fernsehprogramm setzt eine Homogenität der Präferenzen der Zuschauer voraus. Die Zuschauerschaft ist aber im Hinblick auf ihre Sehgewohnheiten, ihre kulturell geprägten Wünsche und vor allem im Hinblick auf ihre Sprachkompetenz zu heterogen, als daß ein homogenes Programm bei der Heterogenität der Nachfrage erfolgreich sein könnte.

Innerhalb der EG werden allein sieben Amtssprachen gesprochen. Programme in anderen Sprachen als der jeweiligen Muttersprache haben kaum eine Chance, angenommen zu werden; selbst Programme in der „lingua franca“ Englisch haben nur sehr begrenzten Erfolg. Ein synchron in mehreren Sprachen ausgestrahltes gemeinsames Programm ist aber zu teuer in der Herstellung. Insofern sind die Chancen der Entwicklung eines übergreifenden europäischen Fernsehens, das nicht nur von kleinen Eliten, sondern von der Masse der Bürger genutzt wird, als gering einzuschätzen.

## Momente der Trägheit

Welche Trägheitsmomente lassen sich umgekehrt bei der Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten feststellen? Korrespondenten der Medien in Brüssel sind selbst als ausdifferenzierte europäische Vorposten bereits eine Antwort der nationalen Öffentlichkeiten auf die Bedeutungszunahme der EG. Sie nehmen eine Mittlerposition ein zwischen dem europäischen Geschehen, das sie beobachten und das an sie durch die Interessengruppen, den Ministerrat und die Kommission herangetragen wird, und der nationalen Öffentlichkeit, für die sie schreiben.

Ihre Selektivität der Vermittlung von Informationen wird bestimmt durch das,

was sie an Input an Informationen aus Brüssel erhalten und wahrnehmen, ihre eigene strukturelle Einbettung und Rolle in Brüssel und durch die Antizipation der Abnehmer (Redaktion und Publikum) in den Heimatöffentlichkeiten, für die sie letztlich schreiben. Daß zum einen der EG weit weniger Aufmerksamkeit in den nationalen Öffentlichkeiten zuteil wird, als ihr bei dem Grad der Kompetenzen gebührt, und daß zum anderen das Muster der Interpretation der europäischen Ereignisse jeweils das nationalstaatliche Interesse ist, die Deutung der Ereignisse in den zwölf EG-Ländern also jeweils recht unterschiedlich aussieht, erklärt sich aus dem Zusammenspiel dieser drei Faktoren. Sie sollen in folgendem erläutert werden.

## Was ist ein Überrollbügel eines Traktors?

Der europäische Prozeß der Entscheidungsherstellung ist im Vergleich zu den nationalen Prozessen der Entscheidungsherstellung in stärkerem Maße ein durch Verwaltungshandeln geprägter Vorgang. Die Entwicklung, Implementierung und Kontrolle neuer Beschlüsse bedarf der Berücksichtigung von zwölf verschiedenen nationalen Ausgangsregelungen. Im Vergleich zur nationalen Gesetzgebung potenziert und verkompliziert sich der verwaltungsmäßige Regelungsbedarf um ein Vielfaches. Dinge, die im nationalen Kontext wie selbstverständlich gegeben sind, müssen hier genau definiert werden, so daß alle Beteiligten wissen, daß von demselben Sachverhalt die Rede ist. Ein Hauptschulabschluß oder ein Überrollbügel eines Traktors mag in Portugal etwas anderes sein als in Frankreich oder in den Niederlanden; will man eine gesetzliche Regelung dieser Produkte, bedarf es ihrer expliziten Definition.

Solche von der Sache her gebotenen verwaltungstechnischen Regelungen sind für die Medien langweilige Informationen. Sie lassen alle für den Transport durch die Medien wichtigen Nachrichtenfaktoren - Konflikt, Werte, Dramatik, Personalisierung - vermissen. Entsprechend fallen sie meist durch das Selektionsraster der Medienaufmerksamkeit. Das journalistische Genre, das sich in der Bearbeitung von Verwaltungshandeln bewährt hat und deswegen auch immer wieder anzutreffen ist, ist die Glosse: Glossen über die Brüsseler Bürokratie und ihre Definition dessen, was ein Pfirsich ist und wie der Krümmungswinkel der Banane zu bestimmen ist. Dies sichert zwar die Aufmerksamkeit des Publikums, übermittelt aber ein Bild, das von der Sache her nicht gerechtfertigt ist und zur unberechtigten These der Eurokratie beiträgt.

## Kollegial unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Die EG-Kommission hat das Vorschlagsmonopol im Gesetzgebungsprozeß der Gemeinschaft. Die Ausarbeitung der Vorschläge geschieht unter Ausschluß der Öffentlichkeit, der Vorschläge wird - dem Kollegialprinzip folgend - von der Kommission als ganzer vertreten. Sowohl die Nicht-Öffentlichkeit der Ausarbeitung dieser Vorschläge als auch das Kollegialprinzip der Kommission sind Faktoren, die eine öffentliche Vermittlung europäischer Politik blockieren. Die Nicht-Öffentlichkeit verhindert, Entscheidungsprozesse in ihrem Entstehungsverlauf zu diskutieren, das Kollegialprinzip blockiert öffentliche Kontroversen und Konflikte, da eine (öffentliche) Opposition nicht vorgesehen ist. Gleiches gilt für die Ministerratstagungen. Die jeweils sich anschließende Präsentation der Beschlüsse erfolgt einvernehmlich, ohne daß Kontroversen und das Stimmverhalten öffentlich expliziert werden. Dies mag von der Sache her gut begründet sein, verhindert aber öffentliche Aufmerksamkeit.

Nationale Entscheidungsprozesse sind im Vergleich dazu medienwirksamer gestaltet. Schon in der Frühphase finden öffentliche Politisierungen von Gesetzesvorhaben statt und werden Pro- und Contra-Positionen formuliert. Die Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen und die Konflikthaftigkeit von Themen sind aber wichtige Bedingungen und Nachrichtenfaktoren, die die Medien motivieren, Informationen zu transportieren.

Die Kommissare werden von den Regierungen einvernehmlich ernannt, sie werden nicht gewählt. Martin Bangemann etwa benötigt vor allem die Rückendeckung des deutschen Kabinetts und die des Kanzlers, nicht aber die einer Wählerschaft. Damit entfällt für die Kommissare die Notwendigkeit, sich via Öffentlichkeit um die Zustimmung der Bürger bemühen zu müssen, da die eigene Zukunft und politische Position unabhängig von der Zustimmung der Bürger ist. Die Folge der strukturell angelegten Öffentlichkeitsabstinenz der Kommissare wiederum ist, daß das Handeln der Kommission im geringen Grade personalisiertes Handeln darstellt.

Eine Personalisierung von Sachfragen und inhaltlichen Positionen ist aber eine wichtige Bedingung für Medienresonanz. Die Unabhängigkeit der Kommissare von der Zustimmung der Bürger und damit von der Öffentlichkeit bedeutet für die Bürger, daß ihre Aufmerksamkeit und ihr Interesse für das Handeln der Kommission

gering ist. Die Meinungen, die sie sich bilden, bleiben folgenlos; sie verfügen über kein Sanktionspotential, was sich wiederum negativ auf ihre Motivation, das Geschehen in Brüssel zu beobachten, auswirken wird.

#### Brüssel - der Ort der geräuschlosen Lobbies

Das Institutionengefüge der EG verfügt über keine machtvolle institutionalisierte Opposition, die als Gegengewicht zum Ministerrat und zur Kommission fungiert. Aus den Funktionsbedingungen nationaler Öffentlichkeiten ist aber bekannt, wie wichtig die Codierung von Pro- und Contra-Positionen ist, damit Medienresonanz hergestellt wird. Die viel diskutierte Machtlosigkeit des Europa-Parlaments bildet hier den wichtigsten Faktor eines oppositionslosen Gefüges.

Aber auch an einem außerparlamentarischen Gegengewicht gegenüber der EG, an außerparlamentarischer Opposition mangelt es. Neue soziale Bewegungen, die im Kontext nationaler Öffentlichkeit in den letzten Jahrzehnten immer wieder Themen durch Protestmobilisierung und unkonventionelle Aktionen auf die Agenda der Öffentlichkeit gebracht haben, fehlen in Brüssel fast gänzlich. Brüssel ist der Ort der geräuschlosen Lobbies, nicht der lärmenden Protestakteure.

Daß neue soziale Bewegungen in Brüssel so wenig vertreten sind, hat sowohl strukturelle als auch ideologische Gründe. Bewegungen sind im Vergleich zu anderen Interessengruppen auf die Mobilisierung ihrer Anhänger angewiesen; ihr Drohpotential besteht in weiten Teilen aus der Anzahl der Personen, die sie mobilisieren können. Ihre basisnahen Organisationsformen sind aber nur begrenzt in der Lage, politische Entscheidungszentren zu erreichen. Dies wäre nur durch Ausdifferenzierung von Delegierten auf einer höheren Stufe möglich; findet aber eine Delegation von Kompetenzen statt, so führt das in der Folge meist zu internen Spannungen.

Dieses strukturell angelegte Dilemma sozialer Bewegungen, eine angemessene organisatorische Antwort auf die Kompetenzverlagerung von Entscheidungen auf die EG zu finden, wird begleitet durch eine ideologische Ambivalenz in der Einschätzung der EG. Auf der einen Seite kommt der Aufbau einer Organisationsform, die die Nationalstaaten transzendiert, der internationalistischen Orientierung der neuen sozialen Bewegungen entgegen; auf der anderen Seite steht der bürokratische Charakter und die Eliteorientierung dieses Prozesses im Widerspruch

zur staatskritischen und partizipatorischen Orientierung der Bewegungen. Ideologische Ambivalenzen in der Beurteilung eines Bereiches sind aber nicht mobilisierungsfördernd.

#### Dominanz nationaler Interessen

Warum wird in den nationalen Öffentlichkeiten, wenn über Europa berichtet wird, in erster Linie aus einer nationalen Interessenperspektive berichtet? Beginnt man wieder mit dem Input an Informationen, der die Korrespondenten in Brüssel erreicht, so ist dieser bereits nationalstaatlich organisiert - und dies aus strukturellen Gründen. Am Beispiel der Öffentlichkeitsinszenierung einer Ministerratssitzung, die gewöhnlich die höchste Medienaufmerksamkeit genießt, kann man dies verdeutlichen. Vor einem Ministerratstreffen veranstalten die ständigen Vertretungen der Länder in Brüssel jede für sich und zeitgleich ein „briefing“ der Journalisten. Entsprechend verteilen sich die Korrespondenten der Länder auf die Sitzungen ihrer nationalen Vertretung. In diesen „briefings“ berichtet der Fachbeamte über die Problemlage, über die im Ministerrat entschieden werden soll, und über das, was die jeweilige Vertretung erreichen will.

Nach einem Ministerratstreffen findet eine Pressekonferenz des Vorsitzenden des Ministerrats statt. Bei dieser Gelegenheit sind die Journalisten aller Länder anwesend. Danach finden gleichzeitig die Pressekonferenzen der Minister der einzelnen Länder statt; die Korrespondenten verteilen sich wieder auf die Pressekonferenzen ihrer Minister. Durch diese national versäulte Struktur der Informationsgebung werden nationale Perspektiven unmittelbar in ihre je spezifische nationale Öffentlichkeit übertragen, ohne daß transnationale Perspektiven vermittelt werden.

Für den jeweiligen Minister ist diese Organisationsform der Öffentlichkeitsarbeit eine rationale Organisationform. Er selbst ist nicht europaweit von einem europäischen Wahlvolk gewählt, sondern von den Bürgern in seinem Land. Entsprechend muß er sich allein vor diesen rechtfertigen und für sich und seine Politik via Öffentlichkeit werben. Die Art, wie er dies macht, erklärt sich wiederum aus der Tatsache, daß allein die nationale Öffentlichkeit über ein Sanktionspotential durch Wahlen verfügt. Je nach Ausgang eines Ministerratsbeschlusses gibt es eine unter-

schiedliche Verursacherattribution. Erfolge deuten die Minister immer als Erfolge ihrer Person für ihr Land; werden Beschlüsse gefaßt, die nationale Interessen negativ tangieren, dann werden diese als Niederlagen, an denen abstrakt „Brüssel“ schuld ist, interpretiert. Brüssel und die Kommission werden damit zum Sündenbock; Erfolge werden als nationale Erfolge gefeiert.

#### Ohne institutionelle Reformen keine europäische Öffentlichkeit

Aus einem Vergleich der Bedeutung von Öffentlichkeit in nationalstaatlichen Kontexten und im europäischen Kontext weiß man, daß Öffentlichkeit für Entscheidungsträger wichtig wird, wenn Öffentlichkeit über eine Sanktionsmacht verfügt. Ist dies der Fall, dann werden die Entscheidungsträger in der Öffentlichkeit um die Bürger werben müssen. Für die Bürger gilt der reziproke Sachverhalt. Sie interessieren sich mehr für die über Öffentlichkeit vermittelte Politik, wenn sie in Form von Wahlen auch Einfluß nehmen können. Die strukturell gesicherte Indifferenz der Entscheidungspositionen der Kommission gegenüber der Öffentlichkeit und die Bindung des Ministerrats allein an die jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten sind institutionelle Bedingungen dafür, daß über Europa wenig und wenn, dann aus einer nationalstaatlichen Perspektive berichtet wird. Will man eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten, dann bedarf es institutioneller Reformen in der Hinsicht, daß die Entscheidungsträger unmittelbarer an die Öffentlichkeit und das heißt an die Bürger gekoppelt werden.

Insofern scheint es symptomatisch zu sein, daß die EG in dem Moment zu einem kontrovers diskutierten Thema wurde, als eine solche Verquickung von Bürgerwille und Entscheidungen stattfand: in den Volksabstimmungen über die Maastrichter Verträge in Dänemark und Frankreich. Politiker sind dann gezwungen, für ihre Optionen zu werben; es bilden sich Positionen und Gegenpositionen, die Eigendynamik öffentlicher Meinungsbildung wird in Gang gesetzt.

Das erste knappe „Nein“ in Dänemark und das ebenso knappe „Ja“ in Frankreich zeigen allerdings, daß der Ausgang öffentlicher Diskussionen ungewiß ist; Demokratisierung und die Herstellung von Öffentlichkeit präjudizieren nicht die Ergebnisse, die am Ende von demokratischen Prozessen und öffentlichen Diskursen stehen. •